



SGV e.V. • Geschäftsstelle • Goethestr. 4 • 63679 Schotten

Frau Staatsministerin Priska Hinz  
Hessisches Ministerium f. Umwelt,  
Klimaschutz, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz  
Mainzer Str. 80  
65189 Wiesbaden

Datum 03.04.2017

Ihr Schreiben  
Ihr Aktenzeichen

SGV Geschäftsstelle  
Goethestr. 4  
63679 Schotten  
Tel. 0170/2037091  
[info@sgv-ev.de](mailto:info@sgv-ev.de)  
[www.sgv-ev.de](http://www.sgv-ev.de)

## **Zukunftsfähige Wasserwirtschaft Hessen - offener Brief** **Hier: Bessere personelle Ausstattung der Aufsichtsbehörden**

Vorsitzende  
Cécile Hahn

2. Vorsitzender  
Heiko Stock

Schriftführer  
Walter Pfeifer

Schatzmeister  
Peter Weiß

Beisitzer  
Gabriele Geiß  
Gudrun Huber-Kreuzer  
Matthias Kalkhof  
Beate Werm

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hinz,

die Schutzgemeinschaft Vogelsberg (SGV) begrüßt es sehr, dass in Hessen nunmehr der dringend notwendige Prozess für eine zukunftsfähige, umweltschonende Wasserwirtschaft in Gang gekommen ist. Dabei müssen die Vereinbarkeit von Naturschutz und Grundwassernutzung ebenso im Mittelpunkt stehen wie das redundante Sichern der Wasserversorgung der Ballungszentren, insbesondere in der südhessischen Metropolregion. Benötigt werden eine neue Strategie und konkrete Maßnahmen zur Anpassung dieser Aufgaben an die sich immer schneller wandelnden Rahmenbedingungen wie Klimawandel und Bevölkerungsentwicklung.

Bis heute basieren die Vorstellungen für die künftige Wasserversorgung Rhein-Main noch auf Planungen aus den 70iger Jahren, die bei Zusatzbedarf eine Ausweitung der Fernwasserbeschaffung vorsehen. Diese versorgungstechnisch orientierte Sichtweise ist aus ökologischen Gründen spätestens mit der Jahrtausendwende an ihre Grenzen gestoßen und für eine verantwortungsvolle Zukunftssicherung kaum noch tauglich. Dennoch wird sie von der Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM) weiterhin vertreten.

Selbstverständlich ist die WRM unter Federführung der Hessenwasser GmbH & Co KG als Unternehmensverband vor allem aus ökonomischen Eigeninteressen am Aufstocken des Bezuges von qualitativ hochwertigem und billigem Fernwasser interessiert. Unverständlich ist deshalb allerdings, dass in den letzten Jahren die Situationsanalysen und Forderungen dieser Vereinigung wesentliche Grundlage für das Handeln der Genehmigungsbehörden geworden sind. Welche Schiefelage daraus entsteht zeigt sich z.B. am jüngsten Genehmigungsbescheid für den Wasserelexport des Zweckverbandes Mittelhessischer Wasserwerke (ZMW) nach Rhein-Main, der vor allem auf den finanziellen Zielen des ZMW und weniger auf einer nachhaltigen Zukunftssicherung basiert.

Es ist deshalb dringend erforderlich, dass wasserwirtschaftliche Entscheidungen wieder unabhängig von den kurzzeitigen, betriebswirtschaftlichen Zielen der Wasserversorger getroffen werden. Daher müssen die Genehmigungsbehörden in die Lage versetzt werden, eigene Situationsanalysen und Maßnahmenkataloge anzufertigen, die eine mittel- und langfristige Daseinsvorsorge garantieren können. Offensichtlich ist dies aber aufgrund der personell ausgedünnten Fachabteilungen und dem Wissensverlust durch Pensionierungen erfahrener Mitarbeiter bei den Regierungspräsidien und beim HMUKLV nicht möglich. Dies zeigt sich u.a. in den Rückgriffen der oberen und obersten Wasserbehörden auf Produkte von Dienstleistern, die sich in eklatanter finanzieller Abhängigkeit von großen Wasserversorgern befinden.

Es ist kein Geheimnis, dass eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft, die neues Denken und Handeln erfordert, nur mit ausreichendem Personal, das sich eingehend mit diesen Herausforderungen beschäftigen kann, möglich ist. Daher ist es ein zentrales Anliegen der SGV, die Regierungspräsidien und die Fachabteilungen des HMUKLV mit wesentlich mehr und sehr gut geschultem Personal aufzustocken, das für die wasser- und naturschutzfachliche Daseinsvorsorge Hessens bestens gerüstet ist. Nur unter diesen Bedingungen dürften entsprechende Entscheidungen, wie sie auch der jetzt angelaufene Leitbildprozess fordern wird, in einem überschaubaren Zeitraum zu erwarten sein.

Sehr geehrte Frau Ministerin Hinz, wir wissen, dass die Fachabteilungen Ihres Hauses als ultimative Entscheidungsträger beim Realisieren der anfangs benannten Ziele besonders gefordert sind. Die SGV und ihre Mitglieder haben dazu bereits konkrete fachliche Vorschläge unterbreitet, und werden dies künftig auch fortsetzen. Es sollte daher in unser aller Interesse sein, die personelle Situation der Genehmigungsbehörden quantitativ und qualitativ in absehbarer Zeit entscheidend zu verbessern.

In diesem Sinne hoffen wir auf Ihre positive Antwort und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Cécile Hahn, Vorsitzende der SGV

P.S: Gleichlautende Schreiben wurden verschickt an die Regierungspräsidentin in Darmstadt und den Regierungspräsidenten in Gießen

P.P.S: Aufgrund des sehr großen Interesses der Öffentlichkeit am Thema und der gebotenen Transparenz wurde für dieses Schreiben die Form des Offenen Briefes gewählt.